



„Spürbare Entlastung für Pendler im Allgäu“: Ab 2026 steigt die Pendlerpauschale

18.04.2025, 08:00 Uhr

Von: Marco Tobisch



Egal, ob man mit Zug oder Auto pendelt: Ab 2026 soll die Pendlerpauschale auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer angehoben werden (Symbolbild). © IMAGO/MICHAEL BIHLMAYER

Berufspendler sollen steuerlich entlastet werden. Darauf haben sich Union und SPD geeinigt und in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten, dass die Pendlerpauschale ab 2026 erhöht werden soll.

Allgäu/Berlin – Union und SPD haben sich in Berlin auf einen Koalitionsvertrag geeinigt und damit einen wichtigen Schritt bei der Regierungsbildung gemacht. Mit gewichtigen Investitionen will Schwarz-Rot die Wirtschaft wieder auf Kurs bringen und Bürger entlasten – unter anderem durch eine Steuerreform und mehr Elterngeld. Während sich die Verbesserungen für den Bürger hier noch nicht beziffern lassen, wird es in einem anderen Punkt schon konkret: Die Pendlerpauschale soll ab 2026 angehoben werden.

Auch im Allgäu dürfen Pendler hoffen: Wie dem Koalitionsvertrag zu entnehmen ist, soll die Pendlerpauschale ab 2026 bereits ab dem ersten Kilometer 38 Cent betragen – und nicht wie bisher erst ab dem 21. Kilometer. Das bedeutet, dass alle Pendler (egal, ob sie mit dem Auto, der Bahn oder dem Fahrrad in die Arbeit fahren) künftig höhere Kosten in der Steuererklärung ansetzen können.

Der Allgäuer Bundestagsabgeordnete Stephan Stracke, der in den Koalitionsverhandlungen Verhandlungsführer der CSU in der Arbeitsgruppe „Arbeit und Soziales“ war, erklärt: „Wir erhöhen die Pendlerpauschale dauerhaft auf 38 Cent ab dem ersten Kilometer. Das ist gerade für den ländlichen Raum wie dem Allgäu von hoher Bedeutung, da die Erhöhung der Pauschale die Arbeitnehmer bei der individuellen Mobilität entlastet.“

Koalitionsvertrag: Das sagt Reinhold Braun von der IHK Schwaben

Auch Reinhold Braun, Präsident der IHK Schwaben, bestätigt gegenüber unserer Zeitung: „Die geplante Erhöhung der Pendlerpauschale kann für viele Beschäftigte im Allgäu eine spürbare Entlastung sein – vor allem bei längeren Arbeitswegen. Aus Sicht der Unternehmen wäre es aber besser, wenn solche nachträglichen Entlastungen gar nicht nötig wären. Statt Einzelmaßnahmen brauchen wir ein Steuersystem, das Arbeit insgesamt weniger belastet – etwa durch niedrigere Lohnnebenkosten.“

Insgesamt sieht Braun im Koalitionsvertrag „punktuell neue Impulse“, etwa bei Digitalisierung, Bürokratieabbau und Fachkräftegewinnung. Der IHK-Chef kritisiert aber: „Gerade bei Steuern, Sozialabgaben und Arbeitskosten bleibt die Vereinbarung deutlich hinter den Erwartungen der Wirtschaft zurück.“ Die nötige Wirtschaftswende gelinge so noch nicht.

Mit dem Kreisbote-Newsletter und dem Kurier-Newsletter täglich zum Feierabend oder mit der neuen „Kreisbote“-App sowie der neuen „Kurier“-App immer aktuell über die wichtigsten Geschichten aus der Allgäuer Region informiert.